

Auf der Suche nach sicherheitspolitischen Eckwerten

Autor(en): **Thomann, Eugen**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **173 (2007)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-71095>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Auf der Suche nach sicherheitspolitischen Eckwerten

Seit die grosse «rote» Bedrohung verschwand, verloren die Sicherheitspolitik und die Armee als eines ihrer wichtigen Instrumente an Stellenwert. Zu Unrecht! Denn in absehbarer Zeit sind Grundsatzentscheide fällig.

Eugen Thomann

«Die Bundeswehr ist für viele Parlamentarier nicht mehr interessant», urteilte ein deutsches Nachrichtenmagazin im vergangenen Jahr.

Welchen Stellenwert räumen wir der Wehrpolitik ein? – Wer die Lebensläufe unserer Volks- und Standesvertreter auf der Website des Parlamentes betrachtet, findet kaum einen Hinweis auf die – vielfach nach wie vor sehr respektablen – militärischen Laufbahnen. Nicht, dass sich jemand ihrer schämte, doch offensichtlich verschaffen diese Leistung und Kompetenz in den Augen des massgeblichen Wählers keinen Vorzug. Oder: Wie viele Journalisten berichten in unseren Medien regelmässig fachkundig als sicherheitspolitische Spezialisten? Die Zahl schrumpfte in den letzten Jahren deutlich.

Im Herbst des Jahres 2006 verfolgten wir, wie hoch während der Flimser Session die Wogen im Streit um den «Entwicklungsschritt 2008/11» unserer Armee gingen. Indes galt diese Debatte kaum Grundzügen der Wehrpolitik, vielmehr organisatorischen Einzelheiten und im Hintergrund der Ausrichtung unserer Aussenpolitik. Der Stellenwert unserer Sicherheits- und vor allem der Wehrpolitik sank und sinkt immer noch.

Das muss Sorge bereiten, steht doch im jüngsten Perspektivbericht des Bundesrates, in den «Herausforderungen 2007 – 2011», der in jeder Hinsicht bemerkenswerte Satz: «Da die Gefahren insgesamt diffuser und komplexer geworden sind, erfordert die Sicherheitspolitik eine breitere Befassung als früher.»

Dynamik der Sicherheitspolitik

Zur schwer überschaubaren Grosswetterlage tragen neben den islamistischen Terrorattacken, dem Gift des organisierten Verbrechens, den auf dem Balkan weiter schwärenden Wunden, neben der Proliferation von Massenvernichtungsmitteln und Raketentechnik, Ressourcennot, dem Migrationsdruck und den Umweltschäden unerwartet von heftigem Säbelrasseln begleitete Machtansprüche bei. Seit dem vergangenen Februar erlebt die Welt die russische Staatsspitze von einer neuen, zugleich alten und vermeintlich überwundenen Seite; dass es nicht unbedingt bei harten Worten bleibt und die Regeln des Völkerrechts leicht dem manipulierten Volkszorn weichen, unterliegt zumindest für in Moskau stationierte estnische Diplomaten keinem

Zweifel. Auf Europas anderer Flanke begleiteten islamistische Al-Kaida-Fanatiker im April 2006 die Bombenexplosionen von Algier mit dem Schwur, «al-Andalus» zurückzuerobern, das bis ins 15. Jahrhundert maurische Spanien.

An Herausforderungen der Sicherheitspolitik fehlt es also nicht. Wir haben noch ein paar hausgemachte beizusteuern. Mindestens drei zeichnen sich mittelfristig, also vielleicht für die übernächste Legislaturperiode, ab:

■ Das aus den Armeeaufträgen entwickelte Leistungsprofil erweist sich als nicht vereinbar mit den nach den Budgetkürzungen vorhandenen Finanzmitteln, und von einer Trendwende ist keine Rede.

■ Die Personaldecke der heutigen Armee reicht nicht mehr lange, eigentlich schon jetzt kaum. In sieben Jahren fehlen uns 20 und in 14 Jahren 40 Bataillone –, ausser man könnte die Tauglichkeit weiter differenzieren und dem Einzelnen mehr Dienst zumuten, als gegenwärtig vorgesehen –, oder aber die Bataillone verkleinern.

■ Der Wehrpflichtdiskussion, wie sie durch Europa rollt, werden wir uns kaum entziehen. Ihr hiesiger Ausgang bleibt vorderhand ungewiss –, trotz eines hohen Standes der Wehrgerechtigkeit, die besser ist als ihr von Schlagworten wie dem «blauen Ausweg» ramponierter Ruf.

Die Schweiz braucht eine schöpferische, eine überzeugende – und entsprechend breit abgestützte, von einer Mehrheit getragene – Sicherheitspolitik, wenn sie wahrscheinlichen und möglichen Entwicklungen gewachsen sein soll. Indes vermag niemand abzuschätzen, wann sich die seit anderthalb Jahrzehnten schwankende Waage deutlich neigt, für oder gegen eine mässige aussenpolitische Öffnung.

Welchen Weg die Schweizer Sicherheitspolitik einschlägt, – sie muss für unterschiedliche Szenarien taugen. Stark erwärmen kann sich auch das sicherheitspolitische Klima. Ruhe wird in den kommenden Jahren kaum herrschen. Stürme indes könnten losbrechen. Entsinnen wir uns der Horrorszenarien, wie sie 2006 während des Libanonkrieges locker herumgeboten wurden und im nuklearen Schlagabtausch zwischen Iran und Israel gipfelten! Niemand würde sie heute als wahrscheinlich einstufen, doch wer kann sie von der Hand weisen?

Vor diesem Hintergrund sollen die hier wiedergegebenen Beiträge sicherheitspolitische Grundsatzdiskussionen beleben helfen. Sie versuchen, das Feld abzustecken, worin sich die schweizerische Sicherheitspolitik ihren Kurs suchen muss.

Wehrpflicht und Milizarmee?

Einen ersten Schwerpunkt bildet das Wehrsystem.

Im Überblick stellt Dr. Heiko Borchert dar, welche «Streitkräfte-Entwicklungen» europäische Länder prägen.

Danach schildert Dr. Karl Haltiner, Professor der ETHZ und der Militärakademie, das Modell der «Freiwilligen Miliz». Niemand und schon gar nicht der überzeugte Milizmajor Haltiner gedenkt hier anzurennen gegen das vertraute Milizsystem, eine Säule unseres Wehrwesens und unserer Gesellschaft, wie wir einander zu jeder Feierstunde versichern. Der Soziologe indes verfolgt seit Jahren mit Sorge, wie die Eliten auseinanderdriften und die Bereitschaft schmilzt, sich in den, verglichen mit dem gewohnten Leben, eher unbequemen Militärdienst ausgiebig persönlich einzubringen, zumal eine Militärkarriere bedeutend weniger Ansehen verheisst als in vergangenen Jahrzehnten. Die Frage nach den Folgen der Entwicklung, wenn sie sich denn fortsetzt, verfolgt den Militärsoziologen zeit seiner Laufbahn. Unabhängig von politischen Einflüssen feilte er das Modell für eine künftige Schweiz zurecht. Es erfüllt mit grossem Respekt, wie hier ein Wissenschaftler auf einem politisch heiklen Feld Vorsorge trifft, damit die Schweiz allenfalls zu gegebener Zeit dem hohen Anspruch genügt: «Gouverner, c'est prévoir.»

Die «Freiwillige Miliz» verkörpert vielleicht in einigen Jahren eine denkbare Alternative zu unserem vertrauten System. Ganz neu zu erfinden brauchen wir sie nicht. Sie hat sich in den USA bei der National Guard bewährt. Der gegenwärtige amerikanische Gast unserer Militärakademie, Major Thomas Patrinicola, skizziert diese Organisation.

Bündnispolitischer Spielraum

Da geht es wieder nicht um den Inhalt der künftigen Schweizer Bündnispolitik, sondern um ihren absehbaren Spielraum.

Dr. Uroš Svete, Dozent der Universität Ljubljana, zeigt an Sloweniens Beispiel, was gegenwärtig «Nato-Kompatibilität» bedeutet. Um eine Erkenntnis vorwegzunehmen: Selbst wer früher mit einem Beitritt liebäugelte, würde sich kaum über die heute dafür geltenden Kriterien freuen.

Der Winterthurer Nationalrat Jürg Stahl sucht eine Antwort auf die Frage «Können wir uns militärische Eigenständigkeit noch leisten?». Sie fällt differenziert aus. ■